



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



LOTHAR SPÄTH

Ministerpräsident von Baden-Württemberg

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ALS EXPORTNATION – CHANCE ODER RISIKO?

7. MAI 1979



Herr Präsident Stödter! Herr Kollege Klose!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bin mir der großen Ehre bewußt – „Die Welt“ wird auch in Stuttgart gelesen –, eingeladen zu sein nicht nur zu einem guten Essen und der anschließenden Arbeit – es ist bemerkenswert, wie sich das baden-württembergische Selbstverständnis hier im Norden schon breitmacht –, sondern vor allem weiß ich, welche Ehre es ist – ich will den Begriff „Südländer“ nicht anwenden –, als jemand, der aus dem Süden kommt, hier in Hamburg über Export reden zu dürfen. Es sind so sympathische Einführungen gemacht worden.

Und was den „Hafentag“ anbetrifft: Ich bin wirklich erfreut darüber; ich hoffe, Sie haben den Hafen in Stuttgart auch gefunden, er ist noch da. Wenn ich die Dimensionen zwischen Hamburg und Stuttgart werte, dann möchte ich mich lieber doch nicht auf die Hafenposition einlassen, auch nicht auf die Klubpositionen, wenn Sie in Richtung Sport gehen; denn da habe ich sehr unchristliche Wünsche in Hamburg. Der Präsident des VfB Stuttgart ist Staatssekretär in meinem Kabinett. Ich kann mich da also nicht auf einen Disput einlassen.

Verehrter Herr Kollege Klose, in der Zeit, in der ich in Hamburg beruflich tätig war, habe ich wirklich erkannt, daß es sehr schwierig ist, sich zwischen Stuttgart und Hamburg zu entscheiden. Es sind im Grunde Erkenntnisse der politischen Realitäten gewesen, die mich doch politisch stärker in Stuttgart gebunden haben.

Aber lassen Sie mich dieses sagen, in der Mischung von Anmaßung und Bescheidenheit: Wenn ich zu dem gestellten Thema rede, dann rede ich natürlich – das will ich ausdrücklich feststellen – nicht für die Bundesrepublik Deutschland, sondern als Ministerpräsident eines Bundeslandes. Unser Stolz bezüglich des Exports ist mehr der, daß wir die teuersten Tonnen in Hamburg umsetzen. Das hängt natürlich nicht mit überzogenen Preisen, sondern das hängt wirklich mit der Qualität zusammen. Und wenn wir sagen: Ein Drittel unserer Produktion in der Bundesrepublik geht in den Export, dann ist nun wiederum an diesem gesamten Drittel Baden-Württemberg mit gut einem Drittel beteiligt. Das gibt uns diese Art von Selbstbewußtsein, wobei wir wissen, daß wir jede Menge aufzuholen hatten, historisch gesehen. Denn wenn ich Baden-Württemberg und Hamburg vergleiche, was die Außenhandelstradition anbelangt, dann will ich gern zugeben, daß sich das zwischen Hamburg und Baden-Württemberg etwa verhält wie Amerikas Hochhäuser zu den staufischen Burgen. Als Sie bereits mitten im Export waren, haben wir in Baden-Württemberg keine weltumspannenden Beziehungen gehabt, sondern der badische und württembergische Export bezog sich damals noch im wesentlichen auf Landeskinder, und zwar solche, die zu Hause ihr Glück nicht finden konnten, oder Revolutionäre, die anderen zum Glück verhelfen wollten. Beides hat sich in der Zwischenzeit erheblich gebessert. Ich sage dieses vorweg, weil es sicher Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens gibt, die sehr viel berechtigter wären, über dieses exportorientierte Thema hier zu reden.

Über was ich ein bißchen reden will, ein bißchen nachdenken will, ein bißchen diskutieren will, das ist eigentlich mehr die Frage des Zusammenhangs zwischen der Frage des Themas und gesellschaftspolitischen Aspekten und vielleicht auch ein bißchen über Leitbilder. Denn ich meine, es kommt mehr denn je – und die aktuelle politische, internationale Diskussion wird uns das immer mehr aufdrängen – auf die Frage an, mit welchen Leitbildern wir diese Diskussion führen. Und wenn man über die Bundesrepublik als Exportnation reden will, dann soll dies aus meiner Sicht heißen, darüber zu reden, wie die Rolle eines demokratischen Staates mit großem Wirtschaftspotential und wachsendem politischem Einfluß in der Welt von heute aussehen soll. Lassen Sie mich nur zu Beginn zu dem Thema ein paar Fakten beisteuern, wissend, daß ich dies hier natürlich vor einem Kreis tue, der darüber besser Bescheid weiß als ich. Ich will nur ein paar Fakten als Stichworte für den Ausgang der Überlegungen festhalten.

Wirtschaftliche Fakten: 1978, das zweitstärkste Jahr im Export, 30 Milliarden DM Handelsbilanzüberschuß, Gesamtausfuhr 284 Milliarden DM, ein Drittel des Sozialprodukts. Das sagt etwas aus über die wirtschaftliche Stärke eines Landes, aber weniger über die Notwendigkeit von Exportüberschüssen, und da ist der erste Ansatz für die Frage, die ich heute abend stellen will: Wozu dienen denn diese Exportüberschüsse?

Ich meine, man sollte von Anfang an – und das ist in der öffentlichen Diskussion für mich bisher viel zu wenig erörtert worden – zwei Faktoren sehen. Der eine ist die Erhaltung unseres eigenen Lebensstandards, und der zweite ist: Wirtschaftskraft, Exportüberschuß muß auch dazu dienen, die sozialen Bedingungen in anderen, vor allem in weniger entwickelten Ländern zu verbessern. Was unseren Lebensstandard anbetrifft, so wissen wir, daß jeder fünfte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik direkt oder indirekt vom Export abhängig ist. Rechnen wir die Familienangehörigen dazu, kommen wir auf 12 Millionen Arbeitnehmer. Nehmen wir einmal den reinen Produktionsbereich – dort in der produzierenden Industrie ist der Export gerade besonders hoch –, können wir fast sagen, daß von den 8 Millionen Arbeitnehmern im produzierenden Industriebereich die Hälfte für den Export tätig sind.

Nun ergibt sich immer wieder die Frage: Könnte man denn durch Belebung des Binnenmarktes nicht die Sicherung auf der Arbeitsplatzseite erreichen? Wenn man das überlegt, wird da sehr schnell eines sichtbar. Ich will es in Stichworten abtun, weil es im Grunde eine Einführung und weniger ein Platz ist, wo ich mich sehr lange aufzuhalten will. Wer sieht, daß Belgien 60 Prozent Exportanteile hat, die USA 8 Prozent, der erkennt, daß die Frage der Sättigung des Binnenmarktes sehr viel klarer beurteilt werden kann als die Chancen, sich durch Erhöhung des Exports auf

den internationalen Märkten neue Möglichkeiten zu schaffen. Es gibt ja sehr viele Leute, die ununterbrochen dabei sind, unseren beengten Binnenmarkt zu betrachten, aus ihm die wirtschaftspolitischen Verteilungsschlüsse zu ziehen, und die deshalb sehr schnell zum Ergebnis kommen, man müsse eigentlich nur die Arbeit neu verteilen und Denkpausen einlegen, anstatt den Grips anzustrengen und sich zu überlegen, wie man sich neue Märkte erobern kann. Das sind zwei Alternativen, auf die ich noch zurückkommen werde.

Ich meine, es gibt gar keine Frage: Wer den Export nicht steigern will, wer sich damit nicht auseinandersetzen will, der wird wenig Möglichkeiten haben, um die Steigerung des Sozialprodukts und andere Dinge zu ermöglichen, ohne dauernd über die Frage der beengten Binnensituation nachdenken zu müssen. Das Erfordernis, unserer jungen Generation Europa zu erschließen, hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß die Industrienationen eine neue Dimension des Binnenmarktes, aber auch der Leistungsqualität für die Exportmärkte brauchen.

Und da ist ein anderer Punkt, über den wir dabei mit nachdenken müssen: Das ist die Frage unserer Abhängigkeit. Auch wenn wir heute einen hohen Überschuß haben, spricht im Grunde alles dafür, daß sich der Preis für Rohstoffe so entwickelt, daß ein Land ohne Rohstoffe oder mit geringen Rohstoffanteilen sehr nachhaltig darauf sehen muß, daß es langfristig und vorsorglich in der Lage ist, seine Kosten für die Einfuhr von Rohstoffen zu decken. Ich will jetzt nicht auf die berühmte Öldiskussion zurückkommen. Sie ist gewissermaßen symbolisch. Wir übersehen auch bei unserer Fleischbergsdiskussion und Butterbergsdiskussion, daß wir inzwischen ein Drittel unserer Nahrungsmittel importieren.

Vielleicht sollte noch etwas hinzugefügt werden, und das ist die hochentwickelte Reiselust unserer Mitbürger, zusammen mit den Überweisungen für ausländische Arbeitnehmer. Wir neigen ja durchaus dazu, es hinzunehmen, daß wir zwar eine Million Arbeitslose notfalls haben, aber gleichzeitig auch noch eine Million Ausländer, wobei die erste Kategorie in der Struktur immer intelligenter wird und die andere die unangenehmen Arbeiten der Nation erledigt. Wer sich all dies leisten will, der muß eben die 24 Milliarden DM aufwenden, um Reiselust und Transfereinkommen ausländischer Arbeitnehmer zu finanzieren.

Und wenn man all dieses überlegt, beginnt damit auch das Nachdenken darüber, ob die Diskussion im Grunde nur eine Frage des kapitalistischen Strukturgeschmacks ist oder ob sich plötzlich eine ganze Reihe von Faktoren zeigen, die einfach zur Garantie der Zukunftssituation unserer Mitbürger notwendig sind.

Ich meine also, man kann schon sagen: Der Export ist unser volkswirtschaftliches Schicksal, und was mit ihm zusammenhängt, gehört zu unseren Grundfreiheiten, wenn ich etwa an die Freizügigkeit denke. Es ist durchaus so – und wir übersehen das gelegentlich –, daß etwa die mangelnde Freizügigkeit in Staatshandelsländern nur zu einem Teil den Grund darin hat, daß sich die Menschen, falls sie in Scharen bei uns auftauchten, mit westlichen Gedanken infizieren und damit unruhig werden könnten. Das zweite ist, daß eine Reihe Staaten vor allem auch deshalb die Freizügigkeit zusätzlich bremsen, weil sie sie sich volkswirtschaftlich gar nicht leisten können.

Nun muß man aber auch von den Risiken reden, von den Risiken, die wir beeinflussen können, und denen, die wir nur schwer beeinflussen können. Dazu gehören einmal die Probleme der Wahrungsparitäten – ich will das hier nicht vertiefen –, der ganze Bereich, der sich unter dem Stichwort EWS auftut, die Chancen, die Risiken, die Frage, ob wir nun Inflationstendenzen rascher importieren werden oder nicht. Das wäre mit Sicherheit ein interessantes Gebiet, über das man reden könnte, im Zusammenhang mit der europäischen Entwicklung, aber auch darüber hinaus. Ich will das aber einmal weglassen, weil ich sicher bin, daß Sie da sehr viel fachlichere Informationen bekommen können. Das ist im Grunde keine politische Diskussion.

Ich meine, was wir als zweites sehen müssen, ist ein zunehmender Protektionismus; das sollte man einmal ansprechen. Wir fangen an, unsere Ängste und Nöte wieder mehr und mehr protektionistisch zu lösen. Es sind bereits 5 Prozent des Welthandelsvolumens, die im Grunde durch Protektion verhindert werden. Dies muß man sehen, vor allem, wenn wir immer parallel zwei Diskussionen führen: sonntags die

Not der dritten Welt beschreiben, montags arbeitsplatzbezogene Strukturpolitik betreiben und dienstags das alles miteinander in Einklang bringen nach dem Prinzip: Uns ist im Prinzip kein Opfer zu groß, das die anderen in dieser Situation für uns bringen. Dann kommt hinzu, daß sich die Konjunkturpolitik zwischen internationaler konjunktureller Entwicklung und nationaler eigenartigerweise immer mehr angleicht mit dem Ergebnis, daß wir da im Grunde erhebliche zusätzliche Schwierigkeiten bekommen. Und schließlich muß man sehen, daß wir auf nationaler Ebene Lohnstückkosten haben, die, berücksichtigt man die veränderte Währungssituation, sich in einem Jahrzehnt nahezu verdoppelt haben.

Ich halte es in diesem Zusammenhang für besonders problematisch, daß die Nebenkosten – also nicht die direkten Lohnkosten, sondern die indirekten, die Nebenkosten – inzwischen 70 Prozent des aufgewandten Lohnes für die produktive Arbeit ausmachen. Oder, ich will es noch etwas grundsätzlicher sagen: Die Tendenz, immer mehr kollektive soziale Sicherheit über höhere individuelle Abgabekoten und damit eine zusätzliche Belastung der gesamten Volkswirtschaft erreichen zu wollen, scheint mir an Obergrenzen zu stoßen.

Trotz allem steht fest: Die Exportwirtschaft ist bisher eigentlich großartig mit dieser Situation fertig geworden. Dies kann niemand bestreiten. Es ist ja interessant, daß wir offensichtlich einen so guten Ruf haben; daß es durchaus Produkte gibt, die wir mit 30 Prozent höheren Preisen im Ausland absetzen als Mitbewerber.

Ich warne nur vor der Gefahr, sich daran zu gewöhnen, als ob dies immer so weitergehen müsse. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß gerade in einigen Bereichen – ich nehme die Eisen-, Stahl- und chemische Industrie – die Firmen mit erheblichen Preiszugeständnissen ihre Wettbewerbsfähigkeit erkaufen mußten, und dies wird nicht ohne Auswirkungen auch auf die wirtschaftlichen Ergebnisse und, wenn Sie so wollen, auf die steuerlichen Ergebnisse des Staates bleiben.

Wenn ich zu einer aktuellen Situation Stellung nehmen darf in dem Zusammenhang – ich habe mir ziemlich viel Ärger eingehandelt in der öffentlichen Diskussion, vor allem über die These der Bundesregierung, des Bundeskanzlers, an der Steuerfront müsse Ruhe herrschen –, möchte ich hier einmal in aller Deutlichkeit sagen: Ich befürchte am Jahresende nicht mehr die Diskussion über die Arbeitslosen. Ich bin eher der Meinung, wir müßten da einmal die Statistik aufschlüsseln und schauen, was hinter der globalen Zahl der Arbeitslosigkeit steckt. Ich kann zum Beispiel für mein Land sagen: Wenn wir in Baden-Württemberg die Lebensarbeitszeit verkürzen, dann wirkt sich das schlicht so aus, daß wir bei Daimler-Benz die Werkmeister entlassen und die Lehrer, die wir nächstes Jahr nicht einstellen können, zu Daimler-Benz schicken müssen, und dann diskutieren diese über die Automobilproduktion an sich.

Nur, ob dies außer einem mit Sicherheit interessanten wissenschaftlichen Ergebnis über die Zusammenhänge von pädagogischen Grundkonzeptionen und der Weiterentwicklung der Automobilindustrie wesentliche Erkenntnisse im Hinblick auf die Beschäftigungslage bringt, da habe ich so meine Zweifel. Deshalb bin ich eigentlich eher der Meinung, wir sollten aufhören, bei einer gegebenen Vollbeschäftigung ununterbrochen über die Statistik der Arbeitslosigkeit pauschal zu diskutieren. Alles, was sich da an Teilarbeitslosigkeit verbirgt, an Frauen, die eine Teilzeitbeschäftigung suchen, das kann ich doch prozentual nicht in Einklang bringen etwa mit der Facharbeiterquote, die in Baden-Württemberg dazu führt, daß dieselbe Industrie am Tag der Verkündung von statistisch 90 000 Arbeitslosen 100 000 neue Ausländer hereinholen will. Oder, wenn ich es einmal ganz einfach sagen darf: Mir kommt unsere Arbeitslosenstatistik der Bundesrepublik so vor, statistisch gesehen, wie wenn Sie einen Fuß im Kühlschrank haben und den anderen auf einer heißen Herdplatte, dann kann ich Ihnen beweisen, daß Sie statistisch gesehen in einem angenehmen Klima leben. Es ist nur so: Der Statistiker wird auch dann noch befriedigt sein, wenn Sie schon ein Bein verbrannt haben und das andere erfriert.

Deshalb meine ich, das Problem am Jahresende wird ein ganz anderes sein. Das Problem am Jahresende wird eine Lohnauseinandersetzung sein. Die Gewerkschaften haben sich ja sehr diszipliniert – das sollte man auch einmal anerkennen – bei den letzten Verhandlungen verhalten. Wie das Ganze aber ausgeht, wenn in diesem

Jahr die Preise um vier oder noch mehr Prozent steigen und wie da am Jahresende die Diskussion aussieht zwischen den Tarifpartnern im Rückblick auf 1979 und im Hinblick auf 1980, da kann ich nur sagen: Wenn das Ergebnis dann darin besteht, daß der Arbeitnehmer von 6 Prozent brutto noch 2,5 Prozent nach Hause bringt bei 4 Prozent Preissteigerung und dafür der Staat seine konjunkturpolitisch bedingten Schulden zurückzahlen kann, dann meine ich, daß zur Beruhigung der Situation der Staat rechtzeitig dafür sorgen müßte, daß der Arbeitnehmer zu einem vernünftigen Verhältnis von Netto- und Bruttolohnforderungen kommt. Ich bin gern bereit als Politiker den Tarifpartnern zu sagen: Seid vorsichtig, die Konjunktur ist nicht so stabil, als daß man auf ihr alles austragen könnte. Aber mir fällt es schwer, einem Arbeitnehmer zu sagen: Setz deine Bruttoforderungen zurück!, wenn im Grunde auf seinem Rücken die progressiv wachsenden Lohnsteuern ausgetragen werden. Ich will Ihnen zwei Zahlen sagen: Bei 6 Prozent Bruttolohnerhöhung bekommt der Staat 13 Prozent mehr Lohnsteuern. Damit ist er in der Lage, seine hohe Verschuldung relativ rasch abzubauen. Dies verführt mehrere. Dies verführt zunächst einmal den Staat dazu, unbeschränkt Schulden zu machen in der Rezession, weil er sich sagt: Das zahle ich aus den Inflationsquoten zurück, wenn auch letztlich auf dem Rücken der Beschäftigten. Zweitens wird das bei den Gewerkschaften den Sog verstärken, zuzuschlagen und zu sagen: Jetzt wollen wir doch einmal sehen! Denn der Arbeitnehmer rechnet ja, wenn er zu Hause bei seiner Frau sitzt, mit ihr zusammen den Nettolohn aus, und daraus ergibt sich die Bruttolohnfrage. Und ich kann hier nur rechtzeitig warnen: Wer am Jahresende einen Konflikt auf dem Sektor vermeiden will, der sollte mindestens eine Lohnsteuerpolitik anbieten, bei der eine Tarifreform sicherstellt, daß der Arbeitnehmer noch den Zusammenhang zwischen Brutto- und Nettolohn erkennt.

Ich habe einmal die steuerbedingten Mehreinnahmen bis 1984 ausrechnen lassen: Sie betragen etwa 50 Milliarden DM, während sich am Tarif fünf Jahre Jang gar nichts ändert. Mit anderen Worten: Der Staat braucht nur die Inflation anzusteuern, dann steigt die Steuerlastquote automatisch, ohne daß das groß verkündet wird, und er kommt sofort in die Versuchung, neue Segnungen anzubieten, die die Menschen glücklich übernehmen, bis sie am Schluß feststellen, daß sie das Taschengeld noch aus dem direkten Lohnverhältnis bekommen, das andere durch staatliche Transferleistungen.

Ich will dies nicht übertreiben. Nur, wenn dies dann zu einer Arbeitsplatzpolitik führt, bei der man sagt, es müssen die Leute eben zum Staat, damit man für alle Arbeit schaffen kann, und darüber hinaus zu einer Bildungspolitik, die dieses vorbereitet, dann haben wir zum Schluß wirklich ein System, in dem jeder zweite beim Staat ist und einen betreut, der frustriert ist, weil er noch nicht beim Staat ist. Genau dies aber müssen wir abwehren. Und ich sage Ihnen gleich, warum das mit den gesamten Problemen einer freien, exportorientierten Gesellschaft zusammenhängt.

Zunächst einmal: Wenn all dieses vom Staat angeblich so gesteuert werden kann, ist die nächste Konsequenz, daß man argumentiert: Das kann den Arbeitnehmern nichts ausmachen, wenn sie jetzt in der Hochkonjunktur ein bißchen geschröpfpt werden, dafür können sie in der Rezession auf die staatlichen Konjunkturimpulse hoffen. Ich behaupte jedoch: In den letzten Jahren hat der Mythos von der Machbarkeit der Konjunktur durch den Staat einen herben Stoß erfahren. Mir kann niemand beweisen, daß die Konjunkturprogramme der öffentlichen Hand den Markt entscheidend belebt haben, zumindest beim entscheidenden Faktor „Bau“ überhaupt nicht. Im Bauwesen hat sich etwas ganz anderes abgespielt. Da haben die Konjunkturprogramme begonnen, als der Bau darniederlag. Und solange er lag, haben wir Programme beschlossen und verkündet und geplant. In dem Augenblick, in dem die private Nachfrage den Bau wieder auf Touren gebracht hat, kam der Staat – der inzwischen seine Planungen auch abgeschlossen hatte – und konkurrierte jetzt mit den privaten Aufträgen, mit einem einzigen Unterschied: Die öffentliche Hand muß ihre Konjunkturprogramme schnell abschließen, weil sonst nicht mehr glaubwürdig ist, daß es Belebungsprogramme sind, so daß eine preisunempfindliche öffentliche Hand mit einer preisempfindlichen privaten Nachfrage konkurriert. Und das Ergebnis sind 20 Prozent Baupreisseigerungen.

Und dann kommt das nächste Problem: daß die strukturellen Fragen dabei zu kurz kommen. Denn wenn Sie einmal Bilanz machen, dann gibt es immer mehr Subventionsobjekte. Ich will jetzt nicht von Kohle und Stahl reden, ich will hier natürlich auch nicht von den Werften reden. Ich habe bei einem Rückgang der Position der Werftindustrie beim Verkauf um 37 Prozent in einem Jahr volles Verständnis dafür, daß da etwas geschehen muß; das müssen wir solidarisch tragen. Aber es darf nicht so sein, daß dann immer mehr Bereiche kommen, in denen die Anpassungsprozesse nicht mehr stattfinden und die Erhaltungssubventionen das System werden. Ich halte es durchaus für verdienstvoll, daß Sie, Herr Kollege Klose, vor einiger Zeit darauf hingewiesen haben, daß man nicht einerseits für freies Unternehmertum sein kann und sich andererseits in einem solch großen Umfang an den Staat und seine Subventionen gewöhnt. Lassen Sie mich dies einmal ganz offen sagen: Für mich liegt hinter uns eine Phase, in der sich die Unternehmer zu sehr daran gewöhnt haben, den Staat als Globalversicherung zu betrachten. Es gibt nur noch relativ wenige, vor allem mittelständische Betriebe, die da nicht mitmachen. Ich komme aus dem Lande des Mittelstandes. Inzwischen haben wir in Baden-Württemberg, das nun keine Großindustrie hat, mit Ausnahme unserer beiden größten, den Mittelbetrieben Daimler-Benz und Bosch, die Situation, in der wir immerhin feststellen können: Baden-Württemberg zahlt inzwischen 50 Prozent des Finanzausgleichs der Bundesländer. Wir geben es dem einen gern, dem anderen weniger gern. Wenn es weg ist, ist es uns eigentlich gleichgültig, wem wir es gegeben haben, weil wir's dann verschmerzt haben.

Dies ist eine Mentalitätsfrage. Aber in puncto Mittelstand ist doch eines ganz interessant, das kann man besonders gut in Italien verfolgen. Italien hat bei sämtlichen Staatskonzernen immer noch rote Zahlen, doch dazwischen robbt sich ein Mittelstand unter Verletzung sämtlicher global festgelegter Pflichten durch und bringt die italienische Zahlungsbilanz in Ordnung. Da ist ein ganz entscheidender wirtschaftspolitischer Gesichtspunkt. Ich weiß, daß es gefährlich ist, wenn ich hier Mao zitiere. Aber Mao hat einmal gesagt: „Man muß auf Seitenpfaden gehen, um geradeaus voranzukommen.“ Damit war zwar eine Anweisung an GuerillaKämpfer gemeint, aber ich meine, für die rahmensetzende Funktion staatlicher Wirtschaftspolitik ist dieses Motto gar nicht so schlecht. Zur Rahmensetzung gehört z.B., daß wir noch mehr Informationen an die mittelständische Wirtschaft geben müssen. Dazu bedarf es neben den Hilfen des Staates eines Ausbaus der Kontakte, etwa zwischen erfahrenen Handelshäusern, die die Auslandsmärkte kennen, und mittelständischen Unternehmen, die produzieren, aber die Sorge haben, daß sie nur an den Konzern verkaufen können und der im Grunde das Geschäft macht. Hier könnten zum Beispiel Hamburg und Baden-Württemberg noch enger zusammenarbeiten, weil Sie die Handelsunternehmen haben, während wir bei Auslandsmessen plötzlich die Chancen unserer mittelständischen Unternehmer aus Baden-Württemberg entdecken, die wir zuvor gar nicht erkannt haben. In diesem Zusammenhang sollte auch das Bürgschaftsvolumen der staatlichen Hermes-Versicherung ruhig erhöht werden. Der Staat darf hier durchaus ein paar Risiken eingehen, um die mittelständische Wirtschaft zu fördern.

Das alles sind flankierende, unterstützende Maßnahmen. Insgesamt aber gilt: Wir sollten uns wieder mehr darauf besinnen, daß Grundvoraussetzung jeder selbständigen Tätigkeit das Vertrauen in den Erfolg der eigenen Leistung ist und daß wir dies wieder zurückgewinnen müssen nach einer Phase, in der wir dauernd überlegt haben, wie denn dieses und jenes gesichert werden kann. Dazu gehört mit Sicherheit auch die ganze Frage der Steuerpolitik. Meine Regierung ist deshalb so gegen die Gewerbesteuer angetreten, weil ich der Meinung bin: Wir müssen endlich einmal aus Substanzbesteuerungen heraus und müssen in die Ergebnisbesteuerungen hinein, weil gerade notwendige Umstrukturierungen durch Substanzbesteuerungen erheblich gefährdet werden.

Die Fragen der Umstrukturierungen, der Subventionen, des unternehmerischen Selbstverständnisses sind im übrigen gesellschaftspolitische Fragen ersten Ranges. Und da ist es leider eine Tatsache, daß wir zwar auf Verbandstagen die soziale Marktwirtschaft preisen – in all ihrer Freiheit, in all ihrer unternehmerischen Konzeption –,

sie aber im Grunde zu wenig aktiv in die gesellschaftliche Auseinandersetzung einbringen, auch in die Information der jungen Generation. Wenn ich bedenke, was die junge Generation in den Schulen erfährt von Marktwirtschaft, von unternehmerischem Handeln, dann sieht das so aus, daß meistens Lehrer ihr dies vermitteln, die selbst nicht allzuviel davon verstehen, sondern sich im allgemeinen darauf beschränken zu erklären, das Grundgesetz habe sich in der Wirtschaftspolitik nicht festgelegt. Damit kann man sich aus der Affäre ziehen, aber es reicht natürlich nicht aus. Oder fragen Sie einmal, wie viele Jugendliche den Wirtschaftsteil von Zeitungen lesen. Die könnten Sie sicher gar nicht quantifizieren, die Zahl liegt unter einer Minimalgrenze, die erfaßbar ist.

Ich meine, niemand kann erwarten, daß die soziale Marktwirtschaft von selbst verstanden wird. Und wenn Unternehmer ununterbrochen mit Subventionsforderungen in die Zeitung geraten statt durch Bilanzbetrachtungen – und wenn im Grunde nicht mehr sichtbar wird, daß die Subvention eine Hilfestellung in Notlagen ist, daß aber das normale unternehmerische Handeln und auch das Schaffen von neuen Strukturen das Tagesproblem der Unternehmer ist –, dann ist mir klar, warum eine junge Generation gesellschaftspolitisch von dem Sinn unternehmerischen Handelns wenig angetan ist. Wir müssen viel stärker aufzeigen, wie sich Erträge in soziale Möglichkeiten umsetzen lassen und – wenn Sie an die Note der dritten Welt denken – daß der Zweck wirtschaftlichen Handelns nicht nur Selbstzweck, sondern auch Möglichkeit, dem Schwachen zu helfen, ist.

Sie sehen, Wirtschafts- und Bildungspolitik hängen durchaus zusammen. Nur wird bildungspolitisch oft noch an verkehrten Fronten gekämpft. Wir haben beispielsweise in Baden-Württemberg feststellen können, daß der Satz gar nicht mehr gilt, daß die junge Generation keine Studienplätze bekommt. Die Studienplätze für Chemie-Ingenieure in Baden-Württemberg konnten wir nur zu einem Drittel besetzen. Da gibt es keine Bewerber, obwohl das ein zukunftsträchtiger Beruf ist. Dafür haben wir ein anderes Problem. Wir haben zur Zeit in Baden-Württemberg 16 500 Gymnasiallehrer, aber 18 000, die in den nächsten fünf Jahren Gymnasiallehrer werden wollen, wobei sich gleichzeitig die Zahl der Gymnasiasten von 300 000 auf 200 000 hin bewegt. Die Frage ist also, ob wir Beschäftigungsmöglichkeiten und Bildungsmöglichkeiten wieder in Einklang bringen können.

Ich habe die große Sorge, daß wir – gerade im Hinblick auf den Export – die Chancen der Zeit nicht erkennen, nämlich jungen Leuten beispielsweise viel stärker die Möglichkeit anzubieten, auf diesem Sektor mehr zu lernen. Wir haben in der Bundesrepublik zum Beispiel so gut wie keine Einrichtungen, an der Facharbeiter und qualifizierte Praktiker so viel über Völkerkunde und Sprachen lernen, daß sie hinausgehen können. Wahrscheinlich müssen wir einmal eine Pädagogische Hochschule schließen und statt dessen eine derartige Fortbildungseinrichtung installieren. Wenn wir nämlich so weitermachen, dann bilden wir in dieser Gesellschaft so viele Theoretiker aus, daß wir eines Tages lauter Leute haben, die wissen, wie es geht, und keiner tut es mehr. Oder, mit anderen Worten: Wir haben so viele Theoretiker, daß zum Schluß der eine den anderen zum Praktiker umschulen muß. Und da bin ich mir dann über das Ergebnis nicht ganz sicher. Ich glaube, wir sollten alle ein bißchen darüber nachdenken, ob wir denn die Weichen richtig gestellt haben für eine Exportnation. Wenn ich etwa die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik betrachte, zum Beispiel die Bedeutung der deutschen Auslandsschulen in der Vorkriegszeit und deren Einfluß von heute, und das vergleiche mit anderen europäischen Nationen oder den Amerikanern, dann kann ich nur sagen: Wir haben eigentlich nicht sehr viel getan, um unsere Fähigkeiten und Möglichkeiten im Vorfeld einzusetzen.

Ich glaube, wir sollten eines festhalten: Niemand kann ein größeres Interesse an einem freien Welthandel haben als wir. Aber auch kaum jemand ist so stark in der Begründungspflicht für die internationale Nützlichkeit eines offenen Marktes wie die Bundesrepublik. Und dabei geht es mir eigentlich weniger darum, mit missionarischem Eifer das soziale Marktwirtschaftsmodell überall zu verbreiten. Wir sollten jedoch klarmachen – und auch da haben wir zu überlegen, ob wir das in der Welt genügend getan, unsere Chancen dafür genutzt haben –, daß gerade offene Märkte und die Kombination von wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Solidarität im Grunde

die echten Alternativen sind zu Staatshandelsformen und zum Protektionismus. Diese Aufgabe ist schwierig. Ich mache mir da keine Illusionen. Wenn wir einmal Europa betrachten, auf das wir so stolz sind, dann können wir nur feststellen, daß die Europäische Gemeinschaft zur Zeit überhaupt nicht auf dem Wege ist, hier entscheidende Schritte nach vorwärts zu tun.

Liberalität und liberale Handelsordnung müssen wir dadurch wiedergewinnen, daß wir den Strukturwandel auch in der internationalen Arbeitsteilung anerkennen, statt ihn zu blockieren. Wir müssen Verständnis haben, daß Entwicklungsländer gelegentlich protektionistisch sich schützen. Wir haben nur eine Chance, wenn noch mehr Auslandsinvestitionen in unserer Wirtschaft erfolgen und wenn wir bereit sind, die Arbeitsplätze zu verlieren, die die dritte Welt braucht. Denn ich verspreche mir überhaupt nichts davon, daß wir da in große Abwehr gehen. Wenn die dritte Welt nicht Arbeitsplätze übernehmen kann, die mit unserem Lohnniveau nicht mehr zu erhalten sind, und wir nicht den Mut haben, auf Arbeitsplätze umzusteigen, die technologisch so hochwertig sind, daß sie unser Lohnniveau verkraften – dann brauchen wir über internationale Arbeitsteilung gar nicht zu reden. Wir müssen uns da entscheiden. Für mich kann die Entscheidung nur lauten, den Mut zu haben, so rasch umzustellen, so viel Technologie und Wissenschaft in unsere Entwicklung einzubauen, daß wir in der Lage sind, in der europäischen Dimension unsere historisch notwendige Rolle zu spielen.

Dazu gehört natürlich auch, daß wir lernen müssen, daß es nicht genügt, ein paar Großexportanlagen in die Wüste zu setzen, ohne zuvor in der Partnerschaft mit diesen Ländern die infrastrukturellen Voraussetzungen für den Betrieb zu schaffen. Solche Aufträge schmücken vorübergehend zwar unsere Handelsbilanz, aber langfristig helfen wir niemandem und schaffen auch nicht das Vertrauensklima, für das die Entwicklungsländer sehr sensibel sind. Und dieses Vertrauensklima haben wir bitter nötig. Schon 1976 in Nairobi ist die deutsche Delegation durch ihre lange Zeit unnachgiebige Haltung zu einem der Hauptsündenböcke abgestempelt worden. Und eigentlich habe ich angenommen, daß die Bundesregierung, der Bundeskanzler, die Gunst der Stunde nützt und durch entsprechende Kabinettsbeschlüsse für Manila die Voraussetzungen schafft, damit wir als ehrlicher Makler auf diesem Sektor anerkannt werden.

Ich kann nur sagen: Wer nicht endlich die Ideologie aufgibt, daß Entwicklungshilfe und Exportinteressen zwei Dinge seien, die sich nicht verbinden ließen, wer nicht klarmachen kann, daß Entwicklungshilfe die Voraussetzungen schafft für Rohstoffpartnerschaften, für Handelspartnerschaften, und wer sich dann einer solchen Auseinandersetzung wie jetzt in Manila stellt mit zugeknöpften Taschen und erzählt, wir hätten zwar etwas, aber bräuchten unser Geld leider selbst: Der kann die Basis nicht schaffen, um im internationalen Wettbewerb gerade den Staatshandelsländern die freiheitliche Handels- und Partnerschaftsidee und das Vertrauen entgegenzusetzen, das daraus entstehen muß.

Dieses altbekannte Schauspiel, nämlich daß wir – die Reichen – schulmeisterlich belehren und daraus aggressive Forderungen und ideologische Polarisierungen auf der anderen Seite entstehen, halte ich für eine der gefährlichsten Entwicklungen. Die Zahlen des gegenwärtigen globalen Handelsaustauschs müßten uns eigentlich aufschrecken. Wir wickeln zwei Drittel unseres Handels nur mit den hochindustrialisierten Nationen ab, dagegen noch nicht einmal ein Zehntel mit den in Entwicklungsländern lebenden 70 Prozent der Weltbevölkerung, also fast 3 Milliarden Menschen. Wenn es Fachleute gibt, die sagen: 3 Prozent Wachstum in der dritten Welt ist 1 Prozent Wachstum bei den hochindustrialisierten Partnern; dann ist es wohl an der Zeit, endlich alle Bürger darüber aufzuklären, wie abhängig wir in der Rohstoffversorgung und abhängig in der gesamten Exportsituation von der Partnerschaft und dem Vertrauen der dritten Welt sind. Und wenn jetzt das Sozialprodukt der Drittländer – der nicht rohstoffbedachten Drittländer – gerade noch um 1,2 Prozent wächst, dann muß man offen sagen: Dies ist vielleicht zu viel, um zu sterben, aber sicher zu wenig, um zu leben. Wer jetzt – und man sollte sich da nichts vormachen, wie das in 10, 20 Jahren im Weltwettbewerb aussieht – engerzig-fiskalisch ein Denken ohne Perspektive an den Tag legt, der sollte nicht darauf hoffen, daß das im Augenblick vielleicht den Beifall einer Bevölkerungsmehrheit findet, die immer noch

der Meinung ist, Entwicklungshilfe sei hinausgeworfenes Geld. Selbst wenn die Bevölkerung dieser Meinung heute noch wäre, dann müßte es ein Anliegen aller Politiker sein, endlich allen klarzumachen, daß die Frage, ob es Konflikte gibt oder ob sie vermieden werden können, im Grunde doch nicht abhängig sein kann von ein paar Milliarden Mark, die wir aus unseren Steuerausgaben einsetzen und die uns zugleich den Weg öffnen zu Partnerschaften mit den Entwicklungsländern.

Unsere junge Generation fragt doch zu Recht, ob wirtschaftliches Wachstum nur Selbstzweck ist, um den Tisch der Reichen noch besser zu decken, oder ob Wirtschaftswachstum nicht auch eingesetzt werden muß, um den Schwachen zu helfen. Wir können doch der Jugend aufzeigen, wo es Einsatzmöglichkeiten für ihren Idealismus gibt, wo man sie im Rahmen der Entwicklungshilfe als Praktiker braucht. Wir brauchen weniger Politologen und Soziologen, sondern mehr Praktiker für den Bau von Krankenhäusern, Berufsschulen usw. in der dritten Welt. Deshalb meine ich: Es ist doch gut, wenn wir unserer jungen Generation sagen können: Da ist Platz für euren Idealismus. Aber heute ist es ja so: Wenn einer drei oder vier Jahre tatsächlich als Praktiker rausgeht, dann hat inzwischen einer, der ruhig im Inland gesessen hat, seinen Sessel besetzt, und zwar beim Staat und bei der Wirtschaft. Das müssen wir ändern. Eine junge Generation rennt nicht hinter den roten Fahnen her, weil sie das so schon im Kindergarten beschlossen hätte. Und sie hat auch nicht schon im Kindergarten beschlossen, möglichst bald eine Stelle beim Staat zu ergattern und um halb fünf Uhr nachmittags Feierabend zu machen. Das sind Entwicklungen und Ergebnisse von gesellschaftlicher Immobilität und Trägheit.

Ich finde es eine der beklagenswertesten Erscheinungen unserer Gesellschaft, daß wir ausgiebig Nabelschau über unsere Probleme halten und glauben, auch in der fernsten Ecke der Welt müsse noch ein lebhaftes Interesse an unseren Disputen über Autobahnen, Kraftwerke, Naturschutz und vieles anderes herrschen. Wenn Sie die Medien betrachten, dann besteht der Rest der Welt großenteils aus der Erscheinungsform von Erdbeben und Revolutionen. Ich halte diese Nabelschaumentalität für einen späten Auslauf des Biedermeiers. Und in der Tat hat man ja die Zeit, in der wir jetzt gerade leben, bereits mit Biedermeier verglichen. Nur, die Welt und vor allem die dritte Welt wird nicht warten, bis wir uns wieder bereitfinden, aus dem Plüschsessel aufzustehen. Niemand weiß zwar, wie im Jahre 2000 das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd aussieht. Eines weiß ich aber sicher: Mit unserem Verhalten heute legen wir den Grundstein für die Frage, ob sich die Bundesrepublik Deutschland auch im Jahre 2000 noch im weltpolitischen Kräfteverhältnis behaupten kann. Ich will das aus Zeitgründen nicht vertiefen, aber ich meine, wir müssen klar zwischen kurzfristigen und längerfristigen Entwicklungen unterscheiden. Kurzfristig, daran besteht kein Zweifel, werden wir in den nächsten Jahren die entscheidenden Export- und Konjunkturimpulse aus den westeuropäischen Entwicklungen bekommen. Längerfristig gesehen hingegen ist es eminent wichtig, den gegenwärtig stagnierenden Handel mit den Entwicklungsländern nachhaltig in Schwung zu bringen. Die Erfahrungen, die wir mit den OPEC-Staaten gemacht haben, sollten uns eine Lehre sein. Niemand kann uns davor bewahren, daß das, was heute mit dem Öl passiert, morgen mit anderen Rohstoffen und Rohstoffkartellen geschehen kann, wenn wir nicht von der Konfrontation zur Kooperation kommen.

Wir sollten den Mut haben, unsere Bildungspolitik, unsere Wirtschaftspolitik, unsere Arbeitsplatzpolitik unter diesen Perspektiven zu überdenken. Deshalb bin ich auch dankbar, daß der Bundeskanzler – nachdem ich lange nicht sicher war, was er in der Energiepolitik wirklich will – heute morgen ein klares Wort gesagt hat. Energiepolitik hat nämlich nicht nur einen Versorgungsaspekt, sie hat auch einen moralischen Aspekt. Der besteht in der Frage, ob wir die Kernkraft, wie ihre Gegner behaupten, nur benutzen, um uns potentiell zu zerstören, oder ob nicht vielmehr die Kernkraft und die Kernkrafttechnologie uns instand setzt, rechtzeitig den Energiebedarf der dritten Welt zu befriedigen und dafür die Ölreserven für Medikamente, für Kunststoff und anderes bereithalten zu können. Es ist doch moralisch sehr fragwürdig, ob eine Gruppe der Industrienationen das Recht hat, in wenigen Jahren im wesentlichen diese Vorräte für sich zu verbrauchen und dann die anderen ihrem Schicksal zu überlassen.

Ich will noch einige Schlußbemerkungen machen, die mit reiner Wirtschaftspolitik nur indirekt etwas zu tun haben, aber gleichwohl in den Zusammenhang des Themas gehören. Ich meine den Export von Ideen, von Erfahrungen, von Werten. Man spricht nicht umsonst von Handel und Wandel. Die Handelsbeziehungen zwischen Ländern unterschiedlicher Struktur, unterschiedlicher Entwicklungsstufe und unterschiedlicher Auffassungen waren immer der erste und der wichtigste Schritt im Dialog der Völker. Meistens erfolgte das Kennenlernen über einen Austausch von Waren und Rohstoffen. Wenn es anders war, wenn kriegerische Invasionen und Unterwerfung gewissermaßen die Visitenkarte einer Nation darstellten, dann traten tiefgreifende Störungen zwischen den Staaten, ja zwischen ganzen Kontinenten auf. Wir leiden noch heute an den Auswirkungen dieser unseligen Konquistadoren-Mentalität, die Europa lange Zeit beherrscht hat. Die materiellen Reichtümer, die durch Ausbeutung und Unterdrückung angesammelt wurden, sind längst vergangen. Das tiefgestörte Verhältnis zwischen arm und reich, auch unsere historische Schuld in den Augen der Entwicklungsländer, wirkt dagegen allenthalben spürbar nach, und sie muß in einem mühsamen Prozeß, der von Demütigungen nicht frei ist, durch eine neue Vertrauenserwerbung langsam abgebaut werden. Der Wirtschaft fällt hierbei eine entscheidende Rolle zu – eine Rolle, ich will das gar nicht bestreiten, die die Wirtschaft zuweilen gar nicht übernehmen mag, weil sie der Meinung ist, dies sei eine originär politische Funktion. Doch es führt kein Weg daran vorbei. Für die anderen Nationen und gerade auch in der dritten Welt sind die deutschen Firmen und ihre Vertreter ein Prüfstein der Aufrichtigkeit und der Glaubwürdigkeit unserer Politik. Ich habe Verständnis dafür, wenn die Wirtschaft Wert darauf legt, daß bei den deutschen Botschaften die Wirtschaftsattachés sich noch intensiver um die wirtschaftlichen Belange kümmern. Aber umgekehrt ist es auch die Wirtschaft, welche durch ihr Auftreten draußen die Grundlagen für langfristige politische und menschliche Sympathien legt.

Das heißt: Wir müssen Beispiele von Freiheit und Demokratie vorleben, verkörpert durch Fairneß und Toleranz. Wir gehen in diesen Wettbewerb, glaube ich, mit guten Aussichten. Unsere Gegner, was die Wirtschaftssysteme anbelangt, haben bisher viele Niederlagen erlitten. Entscheidend ist nur, ob wir von den Niederlagen der anderen leben oder von unserem eigenen Erfolg. Wir dürfen – lassen Sie mich dies abschließend sagen – das Ziel nicht aus den Augen verlieren. Die liberale Welthandelsordnung kann nur ein Zwischenstadium auf dem Weg zu einer liberalen weltpolitischen Ordnung sein.

Und wenn es eine große Aufgabe für Europa gibt, dann ist es die Schaffung dieser liberalen Weltordnung, die nicht ohne die tatkräftige Mithilfe der Wirtschaft wie der Politiker erfüllt werden kann. Ich sage das hier in Hamburg, weil Hamburg eine große, vielleicht die größte liberale Handelstradition und einen eminenten kulturellen und geistigen Fundus hat. Machen Sie, machen wir alle zusammen den besten Gebrauch von beidem.

Vielen Dank.

